

Solidaritätsurlaub für Bundesrat prüfenswert

Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Bern, 9. Sept. (sda) Die Idee eines einjährigen *Solidaritäts-Weiterbildungsurlaubs*, während dessen Arbeitnehmende ihre Stelle an Arbeitslose abtreten, hält auch der Bundesrat für prüfenswert. Die Landesregierung will diese Frage jedenfalls den Experten unterbreiten, wie aus ihrer Antwort auf einen von zahlreichen parlamentarischen Vorstössen zur Arbeitslosenversicherung und zur Berufsbildung hervorgeht. Gemäss dem von Nationalrätin *Christiane Brunner* (sp., Genf) in einer Motion geforderten Modell eines Solidaritäts-Weiterbildungsurlaubs würden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Stelle für ein Jahr Arbeitslosen überlassen, um sich beruflich weiterzubilden. Entschädigt würden sie in dieser Zeit durch die Arbeitslosenversicherung, während die Arbeitslosen im Betrieb den normalen Lohn erhielten und sich Berufserfahrung aneignen könnten.

Nach Auskunft des Bundesrates müssen die rechtlichen, ökonomischen und praktischen Auswirkungen eines solchen Austausches einlässlich auf die Vereinbarkeit mit der *Vertragsfreiheit* geprüft werden. Dazu soll das Anliegen der für die Arbeitslosenversicherung zuständigen Expertenkommission unterbreitet werden. Dementsprechend beantragt die Landesregierung die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Das gleiche Vorgehen beschloss sie bezüglich eines weiteren Vorstosses, in dem Christiane Brunner für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den gesetzlichen Anspruch auf einen mindestens *einwöchigen bezahlten Weiterbildungsurlaub* alle zwei Jahre forderte.

In der Antwort auf eine Interpellation erklärt sich der Bundesrat sodann bereit, mit neuen Bestimmungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz die Aufnahme einer *selbständigen Erwerbstätigkeit* durch Arbeitslose zu fördern. Er ist aber klar dagegen, dazu die Arbeitslosenentschädigung als Kapital auszubezahlen, weil dies zu Missbrä-

chen, Wettbewerbsverzerrungen und – bei Misserfolg – zu neuen Notlagen führen könnte. Nicht entgegennehmen will der Bundesrat eine Motion, die arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländern den Bezug des maximalen Arbeitslosengeldes in Form eines einmaligen Kapitalbetrags ermöglichen will, um ihre Rückkehr zu fördern.

Prüfen lassen will die Landesregierung unter anderem auch, mit welchen Massnahmen der *Frauenanteil an Berufsmaturitätsschulen* und Fachhochschulen erhöht werden kann. Weiter ist der Bundesrat bereit, ein Aus-, Fort- und Weiterbildungssystem mit familienfreundlichen Massnahmen ausarbeiten zu lassen.

INFO-PARTNER



00947

N22
13.9.93

Titel	Vollständiger Name oder Beschreibung der Abbildung.
Bild	Das Bild als solches. Es muss aus der Zwischenablage eingefügt werden oder vorher im Album abgespeichert worden sein.

6.7.3. Druck von Listen

6.7.3.1. Einfach

Liste mit Codes und Titeln der Abbildungen

6.7.3.2. Karte

Karte mit Code, Titel und der Abbildung als solche.

6.7.3.3. Listen (Eigene Listen)

Zum Ausdrucken einer eigenen Liste schlagen Sie bitte im Kapitel 6.2.10.14 nach.

6.7.3.4. Hinzufügen

Mit dem Feld **Hinzufügen** können Sie zu den schon vordefinierten Listen Ihre eigenen Listen hinzufügen.

6.7.4. Export

6.7.4.1. Definieren

Mit dem Feld **Definieren** können Sie selber bestimmen, welche Rubriken exportiert werden sollen. Hierzu gehen Sie genauso vor wie bei eigenen Listen (=Berichte), siehe Kapitel 6.2.10.14. Mit dem Befehl "Drucken auf..." im Menü "Ablage" können Sie entweder ausdrucken oder einen Export auf die Festplatte auswählen.